



FORSTKURIER

www.vgem-dzf.de

24. Jahrgang, Sonntag, den 29. April 2018, Nummer 4

Amts- und Informationsblatt der Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer Forst mit den Gemeinden: Droyßig, Gutenborn, Kretzschau, Schnaudertal und Wetterzeube

Amtlicher Teil

Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer Forst

**Verbandsgemeinde
Droyßiger-Zeitzer Forst**



Sitzungsplan der Verbandsgemeinde Droyßiger Zeitzer Forst

Mittwoch, 23. Mai 2018 um 19:00 Uhr Sitzung des Verbandsgemeinderates der Verbandsgemeinde Droyßiger - Zeitzer Forst im Saal des Verwaltungsgebäudes in Droyßig, Zeitzer Straße 15.

* Bitte beachten Sie die Aushänge in den Gemeinden

Haushaltssatzung und Bekanntgabe der Haushaltssatzung der Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer Forst

1. Haushaltssatzung der Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer Forst für das Haushaltsjahr 2018

Auf Grund des § 100 der Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der derzeit gültigen Fassung hat der Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer Forst in der Sitzung am *15.01.2018* folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr *2018*, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer Forst voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird

1. im Ergebnisplan mit dem

- | | |
|----------------------------------|-----------------------|
| a) Gesamtbetrag der Erträge auf | 8.307.100 Euro |
| b) Gesamtbetrag der Aufwendungen | 8.307.100 Euro |

2. im Finanzplan mit dem

- | | |
|--|-----------------------|
| a) Gesamtbetrag der Einzahlungen
aus laufender Verwaltungstätigkeit | 8.367.100 Euro |
| b) Gesamtbetrag der Auszahlungen
aus laufender Verwaltungstätigkeit | 7.993.500 Euro |

c) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	685.300 Euro
d) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	1.112.800 Euro
e) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	220.800 Euro
f) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	166.900 Euro

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, wird auf **220.800 Euro** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf **60.000 Euro** festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit im Haushaltsjahr **2018** zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **1.415.000,00 Euro** festgesetzt.

2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr **2018** wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die nach § 107 Abs. 4, § 108 Abs. 2 oder § 110 Abs. 2 KVG LSA erforderlichen Genehmigungen sind durch die Kommunalaufsicht des Burgenlandkreises am **04.04.2018** unter dem Aktenzeichen **151401/M/52/2018** erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 102 Abs. 2 Satz 1 KVG LSA vom **03.05.2018** bis **25.05.2018** zur Einsichtnahme im Verwaltungsgebäude der Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer Forst, Zeitzer Straße 15, 06722 Zeitz, Zimmer 211 zu folgenden Sprechzeiten öffentlich aus:

montags	13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
dienstags	09:00 Uhr bis 12:00 Uhr bzw. 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr
mittwochs	keine Sprechzeiten
donnerstags	09:00 Uhr bis 12:00 Uhr bzw. 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
freitags	keine Sprechzeiten

Droyßig, den **06.04.2018**



Uwe Kraneis
Verbandsgemeindebürgermeister der
Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer Forst

Droyßig



Die nächste **Sitzung des Gemeinderates** der Gemeinde Droyßig findet am Dienstag, **29. Mai 2018** um 19:00 Uhr im Gemeindebüro, Markt 6b in Droyßig statt.*

* Bitte beachten Sie die Aushänge in der Gemeinde

Sprechzeiten der Bürgermeisterin:

Dienstag von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr oder nach Vereinbarung – Telefon 034425 27575

Haushaltssatzung und Bekanntgabe der Haushaltssatzung der Gemeinde Droyßig

1. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018

Auf Grund des § 100 des Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen – Anhalt (KVG LSA) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Gemeinderat der Gemeinde Droyßig in der Sitzung am **28.12.2017** folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr **2018**, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde Droyßig voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird

1. im Ergebnisplan mit dem

a) Gesamtbetrag der Erträge auf	1.905.300 Euro
b) Gesamtbetrag der Aufwendungen	2.374.600 Euro

2. im Finanzplan mit dem

a) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.905.300 Euro
b) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.291.000 Euro

c) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	707.100 Euro
d) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	707.100 Euro
e) Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	0 Euro
f) Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	86.100 Euro

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, wird auf **0 Euro** festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf **182.000 Euro** festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit im Haushaltsjahr **2018** zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **1.500.000 Euro** festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern sind für das Haushaltsjahr **2018** wie folgt festgesetzt:

1. für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf **350 v. H.**
2. für die Grundsteuer (Grundsteuer B) auf **400 v. H.**
3. Gewerbesteuer auf **400 v. H.**

Droyßig, den **28.12.2017**



Evelyn Billing
Bürgermeisterin der Gemeinde Droyßig



2. Bekanntmachung der Haushaltssatzung

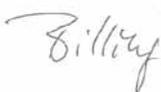
Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr **2018** wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die nach § 107 Abs. 4, § 108 Abs. 2 oder § 110 Abs. 2 KVG LSA erforderlichen Genehmigungen sind durch die Kommunalaufsicht des Burgenlandkreises am **13.03.2018** unter dem Aktenzeichen **151401/M/52.115/2018** erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 102 Abs. 2 Satz 1 KVG LSA vom **03.05.2018** bis **25.05.2018** zur Einsichtnahme im Verwaltungsgebäude der Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer Forst, Zeitzer Straße 15, 06722 Zeitz, Zimmer 211 zu folgenden Sprechzeiten öffentlich aus:

montags	13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
dienstags	09:00 Uhr bis 12:00 Uhr bzw. 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr
mittwochs	keine Sprechzeiten
donnerstags	09:00 Uhr bis 12:00 Uhr bzw. 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
freitags	keine Sprechzeiten

Droyßig, den **06.04.2018**



Evelyn Billing
Bürgermeisterin der Gemeinde Droyßig



Gutenborn



Die nächste Sitzung des **Bauausschusses der Gemeinde Gutenborn findet am 7. Mai um 18:00 Uhr** im Gemeindezentrum Droßdorf statt.

Die **Gemeinderatssitzung der Gemeinde Gutenborn findet am 22. Mai 2018 um 18:30 Uhr** im Gemeindezentrum in Droßdorf statt.

* Bitte beachten Sie die Aushänge in der Gemeinde (auch bezüglich des Sitzungsortes).

Sprechzeiten des Bürgermeisters:

Dienstag von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr oder nach Vereinbarung – Telefon: 03441 718793

Im öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung vom 17.04.2018 wurden folgende Beschlüsse gefasst:

GRG/016/2018	Informationsvorlage Umbau des Turnhallenkomplexes Droßdorf - Vorstellung Planungsvarianten
GRG/018/2018	Wahl des allgemeinen Vertreters des Bürgermeisters
GRG/019/2018	Ergebnis der Prüfung der Aufnahme eines Maximalbeitrages in die Straßenausbaubeitragssatzung der Gemeinde Gutenborn
GRG/020/2018	Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes

Die Jagdgenossenschaft Droßdorf

lädt alle Jagdgenossen zur Mitgliederversammlung, **am Donnerstag den 24.05.2018 um 18:00 Uhr**, nach Röden in den **Gasthof Pysall** herzlich ein.

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Bericht des Vorstandes
4. Bericht des Kassenwartes
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Entlastung des Vorstandes für das Jagdjahr 17/18
7. Wahl der Kassenprüfer
8. Beschluss zur Auszahlung des Reinertrages im Jahr 2018
9. Beschluss zur Bezahlung der Kosten der Versammlung der Jagdgenossenschaft
10. Bericht der Jagdpächter
11. Diskussion bzw. Fassung von Beschlüssen/sonstiges
12. Schlusswort

Hinweis: Gemäß § 8 der Jagdgenossenschaftssatzung sind zur Teilnahme an der Versammlung der Jagdgenossen die

Jagdgenossen nur selbst oder ihre gesetzlichen Vertreter berechtigt.

Die Berechtigten können sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Die Vollmacht bedarf der Schriftform und ist nur gültig, wenn die Unterschrift des Vollmachtgebers nach § 34 des Verwaltungsverfahrensgesetzes LSA amtlich beglaubigt ist.

Der Vorstand der Jagdgenossenschaft Droßdorf

**Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Süd
Müllnerstraße 59 , 06667 Weißenfels**

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNG

Schlussfeststellung vom 27.03.2018

Bodenordnungsverfahren: Droßdorf-Kuhndorf
Aktenzeichen: 42 BLK 356
Gemarkung: Droßdorf
Flur: 1
Flurstück: 166, 167 und 168
Im vorgenannten Bodenordnungsverfahren nach § 64 i.V. mit § 56 Landwirtschaftsanpassungsgesetz, ergeht hiermit die Schlussfeststellung.

Begründung:

Die Ausführung des Bodenordnungsplanes im Verfahren AZ: 42 BLK 356 ist bewirkt.

Alle gegenseitigen Verpflichtungen und Ansprüche zwischen den Beteiligten sind unanfechtbar und erledigt. Die Festsetzungen des Bodenordnungsplanes wurden ordnungsgemäß ausgeführt.

Die öffentlichen Bücher wurden entsprechend dem Bodenordnungsplan berichtigt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Schlussfeststellung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch beim Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Süd, Müllnerstraße 59, 06667 Weißenfels erhoben werden.


Glasewald





Uwe Kämpfe 06712 Gutenborn OT Großsida Schmale Str. 14

10.04.2018

Bekanntmachung

der Jagdgenossenschaft Bergisdorf

Verlängerung der Abgabefrist der Kontoverbindung zur Auszahlung der Jagdpacht.

Wie in der Mitgliederversammlung der Jagdgenossenschaft Bergisdorf, am 21. März 2018, einstimmig beschlossen, geben wir hiermit die Verlängerung der Frist zur Abgabe der Kontoverbindung aller Mitglieder bekannt. Dies soll nun bis spätestens 31.05.2018 schriftlich oder per Mail bei folgenden Adressen geschehen.

Uwe Kämpfe 06712 Gutenborn OT Großsida Forststr. 3a
 Mail: kaempfe-u@t-online.de
 Lutz Pöller 06712 Gutenborn Zetzsdorf 12
 Mail: blaeser-poeller@t-online.de

gez. Kämpfe
 Vorsitzender der Jagdgenossenschaft

Kretzschau



Die nächste **Gemeinderatssitzung der Gemeinde Kretzschau** findet am **9. Mai 2018** um 19:00 Uhr im Sportlerheim Kretzschau statt.

* Bitte beachten Sie die Aushänge in der Gemeinde

Sprechstunde der Bürgermeisterin

Dienstag von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr im Büro Kretzschau oder nach Vereinbarung –

Telefon: 03441 213049 Mobiltelefon: 0157 34037760

Im öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung vom 11.04.2018 wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- GRK/001/2018 Satzung der Gemeinde Kretzschau über die Erlaubnisse für Sondernutzungen an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten sowie die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen (Sondernutzungssatzung – SondNS)
- GRK/009/2018 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018
- GRK/013/2018 Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes

- GRK/014/2018 Fortschreibung des Maßnahmeplans zur Reduzierung der Inanspruchnahme des Liquiditätskredites
- GRK/015/2018 Abwägungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 5 „Wohngebiet am Kretzschauer See“ der Gemeinde Kretzschau
- GRK/017/2018 Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 5 „Wohngebiet am Kretzschauer See“ der Gemeinde Kretzschau
- GRK/018/2018 Genehmigung über die Annahme von Spenden

Satzung

der Gemeinde Kretzschau über die Erlaubnisse für Sondernutzungen an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten sowie die Erhebung von Gebühren für Sondernutzungen (Sondernutzungssatzung – SondNS)

Aufgrund der §§ 8, 45 Abs. 2 Ziff. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA S. 288), der §§ 8 und 23 Bundesfernstraßengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.06.2007 (BGBl. I S.1206), zuletzt geändert durch

Art. 466 Zehnte Zuständigkeitsanpassungsverordnung vom 31.08.2015 (BGBl I S. 1474), den §§ 18, 21 und 50 Straßengesetz für das Land Sachsen-Anhalt (StrG LSA) vom 06. Juli 1993 (GVBl. LSA S. 334), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Dezember 2014 (GVBl LSA S. 522), sowie §§ 1, 2, 5 Kommunalabgabengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KAG LSA) in der derzeit gültigen Fassung hat der Gemeinderat der Gemeinde Kretzschau, mit Zustimmung der für die Ortsdurchfahrten zuständigen Straßenbaubehörden in seiner Sitzung am 11.04.2018 folgende Satzung beschlossen.

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Sachlicher Geltungsbereich

(1) Diese Satzung gilt für Straßen der Gemeinde Kretzschau einschließlich öffentlicher Wege und Plätze sowie in Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen.

(2) Zu den öffentlichen Straßen gehören der Straßenkörper, der Luftraum über den Straßenkörper, das Zubehör und die Nebenanlagen gemäß § 2 StrG LSA.

§ 2

Grundsatz der Erlaubnispflicht

(1) Die Benutzung der öffentlichen Straßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) bedarf der Erlaubnis durch die Gemeinde, soweit im Straßengesetz LSA oder in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist.

(2) Der Erlaubnis bedarf auch die Erweiterung oder Änderung einer Sondernutzung.

§ 3

Erlaubnispflicht für Sondernutzungen

(1) Zur erlaubnispflichtigen Sondernutzung zählen u. a.:

1. Das Aufstellen von Baubuden, Bauzäunen, **Gerüsten**, Schuttrutschen, das Abstellen von Arbeitswagen, Baumaschinen und –geräten, die Lagerung von Baustoffen und Bauschutt.
2. **Das Aufstellen von Baugerüsten, sofern eine Gehwegbreite von mindestens 1 Meter nicht gewährleistet werden kann oder das Gerüst ganz oder teilweise auf die Fahrbahn aufgestellt wird.**
3. Die vorübergehende Anlage von Gehwegüberfahrten oder anderen Grundstückszufahrten (Baustellenzufahrt) bei Baumaßnahmen.
4. Die dauerhafte Anlage von mehr als einer Grundstückszufahrt.
5. In den Straßenraum hineinragende Teile baulicher Anlagen, insbesondere Sonnenschutzdächer (Markisen), Vordächer und Verblendmauern.
6. Das Verteilen und der Verkauf von Handzetteln, Flugblättern und anderen Werbeschriften mit Ausnahme der Werbung politischen oder religiösen Inhalts.
7. Werbefahrten mit Fahrzeugen und die Werbung durch Personen, die Plakate oder ähnliche Ankündigungen umhertragen oder Handzettel verteilen.
8. Werbung mit Lautsprechern.
9. Das Abstellen von nicht zugelassenen, aber zulassungspflichtigen sowie von nicht betriebsbereiten Fahrzeugen oder Anhängern, sowie von Fahrzeugen zur Durchführung von Bauarbeiten.
10. Das Aufstellen von Verkaufs- und Imbissständen.
11. Das Aufstellen von Tresen, Tischen und Stühlen.
12. Das Aufstellen von Warenauslagen und Warenständen.

13. Das Aufstellen von Schaukästen.
14. Das „Zur Schaustellen“ von Tieren.
15. Das Aufstellen von Containern und Wechselbehältern.
16. Das Aufstellen sowie Anbringen von Werbeträgern, Hinweisschildern und Transparenten.
17. Das Aufstellen von Informationstafeln.
18. Das Aufstellen von Masten für Freileitungen u. a.
19. Der Aufbruch von öffentlichen Flächen.
20. Die Befahrung und Sperrung von Geh- und Radwegen, Zustimmung von Straßensperrungen, die Benutzung von Straßenflächen, das Sperrern von gebührenfreien und gebührenpflichtigen Parkplätzen.

§ 4

Erlaubnisfreie Sondernutzung

(1) Keiner Erlaubnis bedürfen:

1. die Ausschmückung von Straßen- und Häuserfronten für Feiern, Feste, Umzüge und ähnliche Veranstaltungen zur Pflege des Brauchtums sowie für kirchliche Prozessionen;
 2. Die kurzzeitige, notwendige Lagerung von Baumaterialien sowie Umzugsgut auf Gehwegen und Parkstreifen am Tage der An- bzw. Abfuhr, sofern die Verkehrsteilnehmer hierdurch nicht gefährdet werden.
 3. Das Aufstellen eines Baugerüsts vor dem Grundstück, sofern ein Zeitraum von 24 Stunden nicht überschritten und der Verkehr nicht beeinträchtigt wird.
 4. **Das Aufstellen eines Fahrradständers und der Errichtung von Fahrradabstellanlagen, sofern eine Mindestgehwegbreite von 1 Meter frei gehalten wird.**
 5. Das Verteilen und der Verkauf von Handzetteln, Flugblättern und Schriften politischen oder religiösen Inhalts auf öffentlichen Straßen. Diese Tätigkeiten sind vor Beginn dem Ordnungsamt der Verbandsgemeinde anzuzeigen.
- (2) Die in Absatz 1 aufgeführten erlaubnisfreien Sondernutzungen sind mindestens 48 Stunden vor ihrem Beginn beim Ordnungsamt der Verbandsgemeinde anzuzeigen. Wird die nach Absatz 1 erlaubnisfreie Sondernutzung beendet, so hat der bisherige Erlaubnisnehmer die von ihm erstellten Einrichtungen und für die Sondernutzung verwendeten Gegenstände zu entfernen und den früheren Zustand ordnungsgemäß wiederherzustellen.
- (3) Die erlaubnisfreien Sondernutzungen im Absatz 1 können ganz oder teilweise untersagt werden, wenn Belange des Straßenbaus, Belange des Verkehrs, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder die Durchführung sonstiger im öffentlichem Interesse liegenden Maßnahmen dies vorübergehend oder auf Dauer erfordern.
- (4) Sonstige nach öffentlichem Recht erforderliche Erlaubnisse, Genehmigungen oder Bewilligungen bleiben unberührt.

§ 5

Erlaubnis Antrag

(1) Die Sondernutzung ist beim Ordnungsamt der Verbandsgemeinde in Droyßig **1 Woche** vor Beginn der Nutzung zu beantragen.

(2) Der Antrag muss folgende Angaben enthalten:

1. den Namen, die Anschrift des Antragsteller sowie für den Fall, dass der Antragsteller die Sondernutzung nicht eigenständig ausübt, den Namen desjenigen, der die Sondernutzung tatsächlich ausübt oder für die Ausübung verantwortlich ist;

2. den Namen und die Anschrift der Bau ausführenden Firma, wenn diese nicht Antragsteller ist, sowie des Bauleiters oder der für die Sondernutzung verantwortlichen Person;

3. Angaben über den Ort, Art und Umfang sowie die voraussichtliche Dauer der Sondernutzung.

(3) Die Gemeinde kann Erläuterungen durch Zeichnung, textliche Beschreibung oder in sonst geeigneter Weise verlangen.

(4) Ist mit der beantragten Sondernutzung eine Behinderung oder Gefährdung des Verkehrs oder eine Beschädigung der Straße oder die Gefahr einer solchen Beschädigung verbunden, so muss der Antrag darüber hinaus enthalten:

- a) ein Konzept zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung,
- b) ein Konzept zum Schutz, der Wiederherstellung bzw. der Umgestaltung der Straße.

(5) Wird durch die Sondernutzung ein im Eigentum eines Dritten stehendes Grundstück in Anspruch genommen oder in seiner Nutzung beeinträchtigt, kann die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis von der schriftlichen Zustimmung des Berechtigten abhängig gemacht werden. Entsprechend kann verfahren werden, wenn durch die Sondernutzung Rechte Dritter auf die Benutzung der Straße über den Gemeingebrauch hinaus beeinträchtigt werden können.

(6) Wird eine öffentliche Straße durch mehrere Anlagen, Einrichtungen oder in mehrfacher Weise genutzt, so ist jede Nutzungsart für sich genehmigungspflichtig.

(7) Bei Arbeiten zur Beseitigung von Gefahren oder Notständen in der Versorgung der Bevölkerung können öffentliche Straßen vor Erteilung der Genehmigung über den Gemeingebrauch hinaus genutzt werden (z. B. Havarie MIDEWA). Der Veranlasser hat jedoch das Ordnungsamt und das Straßenverkehrsamt unverzüglich über die Arbeiten zu unterrichten und eine erforderliche Genehmigung nachträglich einzuholen.

§ 6

Erteilung der Sondernutzungserlaubnis

(1) Die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis liegt im Ermessen der Gemeinde.

Ein Anspruch auf Erteilung besteht nicht. Die Erlaubnis wird stets befristet und auf Widerruf schriftlich erteilt. Sie kann mit Auflagen und Bedingungen verbunden werden.

(2) Bei Sondernutzungen, die eine Einschränkung der Fahrbahn bei Bundes-, Landes- und Kreisstraße bewirken, ist das Einvernehmen mit dem Straßenbauastträger herzustellen. Ohne dessen Zustimmung kann die Sondernutzungserlaubnis nicht erteilt werden.

(3) Die Erlaubnis- oder Genehmigungspflicht nach anderen Vorschriften wird durch die Sondernutzungserlaubnis nicht berührt.

§ 7

Pflichten des Erlaubnisnehmers

(1) Die Erlaubnis ist erst nach schriftlicher Erteilung und nur in dem darin enthaltenen festgelegten Umfang zulässig. Darüber hinaus darf die Sondernutzung erst nach Vorliegen sonstiger Genehmigungen und Erlaubnisse anderer Stellen ausgeübt werden.

(2) Die Genehmigung zur Sondernutzung ist während der Ausübung vor Ort bereitzuhalten und auf Verlangen vorzuzeigen.

(3) Der Erlaubnisnehmer hat Anlagen so zu errichten und zu unterhalten, dass sie den Anforderungen der Sicherheit und Ordnung, der Verkehrssicherheit genügen und nachhaltige

Schäden am Straßenkörper und sonstigen Einrichtungen vermieden werden.

(4) Die Erlaubnisnehmer haben für einen ungehinderten Zugang zu allen in die Straßendecke eingebauten Einrichtungen Sorge zu tragen. Wasserablaufrippen, Kanalschächte, Hydranten, Kabel-, Heizungs- und sonstige Revisionschächte sind freizuhalten.

(5) Soweit beim Aufstellen, Anbringen oder Entfernen von Gegenständen der Straßenkörper aufgegraben werden muss, ist die Arbeit so vorzunehmen, dass Schäden am Straßenkörper und an den Anlagen, insbesondere den Wasserablaufrippen und den Versorgungs- und Kanalleitungen sowie eine Änderung ihrer Lage, vermieden wird.

Die Gemeinde Kretzschau ist spätestens 7 Tage vor Beginn der Arbeiten schriftlich zu informieren. Die Verpflichtung, andere beteiligte Behörden oder Stellen zu benachrichtigen oder deren Genehmigung einzuholen, bleibt unberührt.

(6) Mit der Erteilung der Sondernutzungserlaubnis geht die Verkehrssicherungspflicht der Gemeinde Kretzschau für die im Zusammenhang mit der Sondernutzung in Anspruch genommenen Verkehrsflächen und aufgestellten Anlagen und Einrichtungen auf den Erlaubnisnehmer über.

(7) Das Anbringen von Plakatwerbung bzw. Wahlwerbeplakaten hat fachgerecht und schadensfrei zu erfolgen. Die Plakate sind mit nicht rostendem Material ohne scharfe Kanten in der im Umfang des Mastes entsprechenden Größe sicher zu befestigen, vorzugsweise mit Kabelbinder aus Kunststoff. Die Verwendung von Klebstoffen ist nicht gestattet. Das Anbringen von Werbeplakaten und Wahlwerbeplakaten an Verkehrszeichen, Lichtzeichenanlagen, Straßenkreuzungen, sonstigen Verkehrsleiteinrichtungen, lackierten Masten sowie an Bäumen ist unzulässig.

(8) Verunreinigungen, die durch die Sondernutzung entstehen, sind von dem Erlaubnisnehmer unverzüglich zu beseitigen. Erfüllt er diese Verpflichtung nicht, kann die Gemeinde die Verunreinigung auf Kosten des Pflichtigen beseitigen.

(9) Wird durch die Sondernutzung der Straßenkörper beschädigt, so hat der Erlaubnisnehmer die Fläche verkehrssicher zu schließen und der Gemeinde die vorläufige Instandsetzung und die endgültige Wiederherstellung mit Angabe des Zeitpunktes, wann die Straße dem öffentlichen Verkehr wieder zur Verfügung steht, anzuzeigen. Über die endgültige Wiederherstellung wird ein Abnahmeprotokoll mit Vertretern der Gemeinde gefertigt.

(10) Nach Beendigung der Sondernutzung ist der ursprüngliche Zustand der Verkehrsfläche wieder herzustellen.

§ 8

Erlöschen der Sondernutzungserlaubnis

(1) Erlischt die Erlaubnis oder wird sie widerrufen, so hat der Erlaubnisnehmer die Sondernutzung einzustellen, alle von ihnen erstellten Einrichtungen und die zur Sondernutzung verwendeten Gegenstände unverzüglich zu entfernen und den früheren Zustand ordnungsgemäß wieder herzustellen. Abfälle und Wertstoffe sind ordnungsgemäß zu entsorgen, die beanspruchten Flächen sind ggf. zu reinigen.

(2) Bei Widerruf der Erlaubnis oder Sperrung, Änderung, Umstufung oder Einziehung der Straße besteht kein Schadensersatzanspruch.

§ 9

Haftung

(1) Die Gemeinde Kretzschau haftet nicht für Schäden durch den Sondernutzer.

Mit der Erteilung der Sondernutzungserlaubnis übernimmt die Gemeinde Kretzschau keinerlei Haftung, insbesondere nicht für die Sicherheit der von den Benutzern eingebrachten Sachen.

(2) Der Sondernutzer haftet gegenüber der Gemeinde Kretzschau für alle von ihm, seinen Bediensteten oder mit der Einrichtung von ihm beauftragten Personen verursachte Schäden durch unbefugte, ordnungswidrige oder nicht rechtzeitig gemeldete Arbeiten und dafür, dass die von ihm ausgeübte Sondernutzung die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt. Der Sondernutzungserlaubnisnehmer haftet für sämtliche Schäden, die sich aus der Vernachlässigung seiner Pflichten zur Beaufsichtigung der von ihm beauftragten Personen ergeben.

(3) Die Gemeinde ist von Haftungsansprüchen Dritter, die sich aus der Sondernutzung ergeben können freizustellen.

(4) Die Gemeinde Kretzschau kann verlangen, dass der Erlaubnisnehmer zur Deckung des Haftungsrisikos vor der Inanspruchnahme der Erlaubnis den Abschluss einer ausreichenden Haftpflichtversicherung nachweist und diese Versicherung für die Dauer der Sondernutzung aufrechterhält. Auf Verlangen der Gemeinde sind ihr der Versicherungsnachweis und die Prämienquittungen vorzulegen.

II. Sondernutzungsgebühren

§ 10

Gebührenpflicht

(1) Für erlaubnispflichtige Sondernutzungen werden Gebühren nach Maßgabe des Gebührentarifs, der Bestandteil dieser Satzung ist, erhoben (Anlage).

(2) Ist eine Sondernutzung nicht im Gebührentarif enthalten, richtet sich die Gebühr nach einer im Tarif enthaltenen vergleichbaren Sondernutzung. Fehlt eine solche Tarifstelle wird die Gebühr:

1. nach der Art und dem Ausmaß der Einwirkungen auf die Straße und Gemeingebrauch,
2. nach den wirtschaftlichen Interesse des Gebührenschuldners an der Sondernutzung im Ermessen von der Gemeinde erhoben.

(3) Die Gebührenpflicht entsteht:

- a) unabhängig von der tatsächlichen Nutzung der öffentlichen Straßen grundsätzlich mit der Sondernutzungserlaubnis;
- b) bei ungenehmigter Sondernutzung mit dem Beginn der tatsächlichen Benutzung und endet mit dem Zeitpunkt zu dem die Sondernutzung tatsächlich eingestellt wird.

(4) Die Gebührenpflicht dauert an, solange die Sondernutzung ausgeübt wird. Sofern sich die Gemeinde in der Erlaubnis die förmliche Abnahme vorbehalten hat, gilt die Sondernutzung zu dem Zeitpunkt als beendet, der im Abnahmeprotokoll festgestellt ist.

(5) Die nach den Tarif jährlich, monatlich, wöchentlich oder täglich bzw. nach Quadratmetern oder laufenden Meter zu erhebende Gebühr wird für jede angefangene Berechnungseinheit voll berechnet. Die Gebühr wird auf volle Euro Beträge abgerundet. Bei jährlichen Gebühren werden, soweit nicht im Gebührentarif auch monatlich, wöchentliche oder tägliche Gebühren ausgewiesen sind, anteilige Gebühren erhoben, wobei jeder angefangene Monat mit einem Zwölftel des Jahresbetrages berechnet wird.

(6) Ist die nach Absatz 2 zu erhebende Gebühr geringer als die Mindestgebühr, so wird die Mindestgebühr nach § 11 erhoben.

§ 11

Mindestgebühr

Die Mindestgebühr für die Erlaubnis von Sondernutzungen beträgt 5,00 Euro.

§ 12

Gebührensschuldner

(1) Gebührenschuldner sind

1. der Antragsteller,
2. der Erlaubnisnehmer,
3. im Falle der unerlaubten Sondernutzung, derjenige, der die Sondernutzung tatsächlich ausübt oder in seinem Interesse ausüben lässt.

(2) Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 13

Entstehung und Fälligkeit der Gebühr

(1) Die Gebührenschild entsteht

- a) für Sondernutzungen auf Zeit mit Erteilung der Erlaubnis für deren Dauer,
- b) für Sondernutzungen auf Widerruf mit Erteilung der Erlaubnis für das laufende Kalenderjahr
- c) für Sondernutzungen, für die eine förmliche Erlaubnis nicht erteilt wurde, mit deren Beginn

§ 13

Fälligkeit, Festsetzung und Vollstreckung der Gebühr

(1) Die Gebühren und deren Fälligkeiten werden durch Gebührenbescheid gegenüber dem Gebührenschuldner festgesetzt.

(2) Bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist werden die Gebühren im Verwaltungszwangsverfahren eingezogen.

§ 14

Gebührenbefreiung und –ermäßigung

(1) Die Gemeinde kann Gebührenbefreiungen oder Gebührenermäßigungen im öffentlichen Interesse oder aus Billigkeitsgründen gewähren.

(2) Die Sondernutzungsgebühren können ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint.

(3) Sofern die Einziehung nach Lage des Einzelnen unbillig wäre, kann der Erlass gewährt oder von der Erhebung der Gebühr teilweise abgesehen werden.

III. Ordnungswidrigkeiten, Schlussbestimmungen

§ 15

Ordnungswidrigkeiten und Zwangsmittel

(1) Die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten bestimmt sich nach § 48 Straßengesetz für das Landes Sachsen-Anhalt (StrG LSA) und § 23 Bundesfernstraßengesetz (FStrG).

(2) Die Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 48 Abs. 2 StrG LSA mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.

(3) Ordnungswidrig im Sinne des § 48 Abs. 1 StrG LSA – bei der Benutzung der durch die Satzung erfassten Straßen – handelt auch wer:

1. eine Sondernutzung räumlich und zeitlich überschreitet oder für die Sondernutzung keine Genehmigung beantragt hat.

2. entgegen des § 7 (3) Anlagen errichtet die nicht den Sicherheitsanforderungen und der Verkehrssicherheit entsprechen und Schäden am Straßenkörper oder sonstigen Einrichtungen verursachen.
3. Entgegen des § 7 (4) nicht für einen ungehinderten Zugang zu den in der Straßendecke eingebauten Einrichtungen sorgt.
4. Entgegen des § 7 (4) S. 2 nicht die Wasserablaufrienen, Kanalschächte, Hydranten, Kabel-, Heizungs- und sonstige Revisionsschächte frei hält.
5. Entgegen des § 7 (5) die Lage von dem Straßenkörper und ihren Anlagen verändert oder Schäden verursacht.
6. Entgegen des § 7 (6) die Verkehrssicherungspflicht für die im Zusammenhang mit der Sondernutzung in Anspruch genommenen Verkehrsflächen, Anlagen und Einrichtungen nicht ausübt.
7. Entgegen des § 7 (7) Plakate nicht fachgerecht, schadensfrei oder unzulässig anbringt.
8. Entgegen § 7 (8) Verunreinigungen, die durch die Sondernutzung entstehen nicht beseitigt.
9. seiner Pflicht nach § 7 (9) nicht nachkommt oder
10. nach § 7 (10) den ursprünglichen Zustand nach Beendigung der Sondernutzung nicht wiederherstellt.
- (4) Die Anwendung von Zwangsmitteln richtet sich nach § 20 StrG LSA, § 71 Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG LSA) sowie §§ 53 ff. des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA).

§ 16 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Kretzschau, den 11.04.2018



Bürgermeisterin

Anlage 1: Gebührentarif zur Sondernutzungserlaubnis der Gemeinde Kretzschau

lfd.Nr.	Art der Sondernutzung	Bemessungsgrundlage	Zeiteinheit je	Gebührensatz
1.	Automaten, Schaukästen, Auslagen u.ä. die mehr als 5 v.H oder mehr als 30 cm in den Gehweg hineinragen sowie frei im Straßenraum aufgestellte Automaten, Auslagen- und Schaukästen	Anzahl	Jahr	100,00 €
2.	Baugerüste	je lfd. m	14 Tage	2,00 €
3.	Baugeräte,-buden,-stoffe,-schutt, Arbeitswagen und -geräte, Baumaschinen sowie sonstige Lagerung von Gegenständen	je m ²	ab 2. Tag	2,00 €
4.	Aufgrabung am öffentlichen Verkehrsgrund	je m ²	Tag	2,00 €
5.	Gehwegüberfahrten oder andere Überfahrten (Baustellenzufahrten) mit einer Breite von mehr als 3,00 m	je Zufahrt	Tag	1,00 €
6.	Container und Wechselbehälter	Anzahl	14 Tage	26,00 €
7.	Tribünen und Podeste, Informationsstände	Anzahl	Tag	10,00 €
8.	Werbefahrten mit Fahrzeugen oder Aufstellen solcher			
8.1	Fahrzeuge ohne Lautsprecher	Anzahl	Tag	20,00 €
8.2	Fahrzeuge mit Lautsprecher	Anzahl	Tag	40,00 €
9.	Plakatständer mit Ausnahme politischen oder religiösen Zwecken	Anzahl	Tag	0,50 €
10	Plakatierung mit Ausnahme politischen oder religiösen Zwecken			
11.1	Plakate bis zu 0,50 m ² (DIN A1)	bis 20 Stück	14 Tage	5,00 €
12.	Abstellen von nicht zugelassenen Fahrzeugen und Anhängern	Anzahl	Woche	30,00 €
13.	Sonnenschutzdächer, Markisen, Vordächer,	je m ²	Jahr	1,50 €
14.	Verteilen von Handzetteln, Flugblättern und anderen Werbeschriften mit Ausnahme politischen und religiösen Zwecken	pro Person	Tag	15,00 €
15.	Aufstellen von Verkaufs- und Imbissständen	Anzahl	Tag	2,50 €
16.	Aufstellen von Tresen, Tischen und Stühlen Aufstellen von Warenauslagen und Warenständern	bis 5 m ² bis 10 m ² bis 20 m ² bis 50 m ² bis 100 m ² bis 200 m ² ab 200 m ²	Jahr Jahr Jahr Jahr Jahr Jahr Jahr	10,00 € 15,00 € 25,00 € 65,00 € 125,00 € 250,00 € 400,00 €

17.	„Zur Schau stellen“ von Tieren	je m ²	Tag	3,00 €
18.	Bei nicht aufgeführten Sachverhalten ist eine nach § 10 Abs. 2 dieser Satzung, den Verhältnissen des Einzelfalls angemessene Gebühr zu erheben.			

Schnaudertal



Die Sitzungen des Gemeinderates Schnaudertal entnehmen Sie bitte den Aushängen in der Gemeinde Schnaudertal.

Sprechzeiten des Bürgermeisters

Dienstag von 17.00 Uhr bis 18.00 Uhr im Gemeindebüro Wittgendorf, Gartenstraße 30 oder nach Vereinbarung – Telefon: 034423 21274



Bekanntmachung

Mit Einführung der Zahlung einer Konzessionsabgabe gelten ab 1. Juli 2018 in der **Gemeinde Schnaudertal** folgende Wasserpreise:

Auf der Grundlage der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVB WasserV) vom 20. Juni 1980 (BGBl. I S. 750 ff.) geben wir den mit Wirkung zum 1. Juli 2018 gültigen Grund- und Mengenpreis für Trinkwasser in der Gemeinde Schnaudertal bekannt. Diesen Preisen wird die zurzeit gültige gesetzliche Umsatzsteuer in Höhe von 7 % hinzugerechnet. Alle weiteren Preise bleiben entsprechend den Allgemeinen Preisregelungen der MIDEWA vom 1. Januar 2015 unverändert bestehen.

Mengenpreis für private und gewerbliche Kunden:

	netto in €	USt. in €	brutto in €
Mengenpreis /m ³	1,59	0,11	1,70

Grundpreis:

Der Grundpreis deckt anteilig die Bereitstellungskosten von der Gewinnungsanlage bis zur Hauptabsperrvorrichtung. Berechnungsmaßstab ist der Nenndurchfluss (Q_n bzw. Q₃) des Wasserzählers.

Q _n m ³ /h	Q ₃ m ³ /h	€/Monat netto	USt. in €	€/Monat brutto
bis 2,5	bis 4	14,08	0,99	15,07
über 2,5 bis 6	über 4 bis 10	35,83	2,51	38,34
über 6 bis 10	über 10 bis 16	111,98	7,84	119,82
über 10 bis 15	über 16 bis 25	247,96	17,36	265,32
über 15 bis 40	über 25 bis 63	519,93	36,40	556,33
über 40 bis 60	über 63 bis 100	819,09	57,34	876,43
über 60	über 100	1227,04	85,89	1312,93
Pauschalabnehmer		14,08	0,99	15,07
Bauwasseranschluss		14,08	0,99	15,07

Ihr Wasserversorgungsunternehmen

MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH
Bahnhofstraße 13
06217 Merseburg

Landesamt für Vermessung und
Geoinformation Sachsen-Anhalt
Sonderungsbehörde
Elisabethstraße 15
06847 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/6503 1000

Dessau-Roßlau, 29.03.18

Mitteilung
Verfahren nach dem Bodensonderungsgesetz – BoSoG
In Verbindung mit dem Verkehrsflächenbereinigungsgesetz - VerkFIBerG

Sonderungsplan Nr. V25-8006881-2016

in der Gemeinde Schnaudertal; Gemarkung Bröckau; Flur 1; Flurstücke 305, 265, 307, 427, 263 und 152

In dem o.g. Gebiet ist ein Verfahren nach dem Gesetz über die Sonderung unvermessener und überbauter Grundstücke nach der Karte (Bodensonderungsgesetz-BoSoG) vom 20.12.1993 erschienen im Bundesgesetzblatt - BGBl. I Seite 2182, 2215 zuletzt geändert durch Artikel 186 der Verordnung vom 31.08.2015 (BGBl. I S. 1474) in Verbindung mit dem Verkehrsflächenbereinigungsgesetz vom 26.10.2001 (BGBl. I S. 2716), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 23.07.2013 (BGBl. I S.2586) eingeleitet worden. Hierdurch soll das Erwerbsrecht der öffentlichen Nutzer an Verkehrsflächen und anderen öffentlichen genutzten privaten Grundstücken ausgeübt werden. Sonderungsbehörde ist das Landesamt für Vermessung und Geoinformation, Elisabethstraße 15, 06847 Dessau-Roßlau.

Der Entwurf des Sonderungsplans, sowie die zu seiner Aufstellung verwandten Unterlagen, liegen vom **16.05.2018 bis 15.06.2018** in den Diensträumen des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation in Dessau-Roßlau, Elisabethstraße 15, 06847 Dessau-Roßlau während der Öffnungszeiten zur Einsicht aus.

Die Öffnungszeiten sind wie folgt geregelt:

Montag, Mittwoch, Donnerstag	8.00 – 13.00 Uhr
Dienstag	8.00 – 18.00 Uhr
Freitag	8.00 – 13.00 Uhr

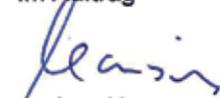
Einsichtnahmen außerhalb der Öffnungszeiten sind nach telefonischer Absprache möglich.

Ein Exemplar des Sonderungsplanentwurfs wird in den Diensträumen der Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer Forst, SGL Liegenschaften, Zeitzer Straße 15 in 06722 Droyßig zu den dort genannten Öffnungszeiten zur Einsicht ausliegen.

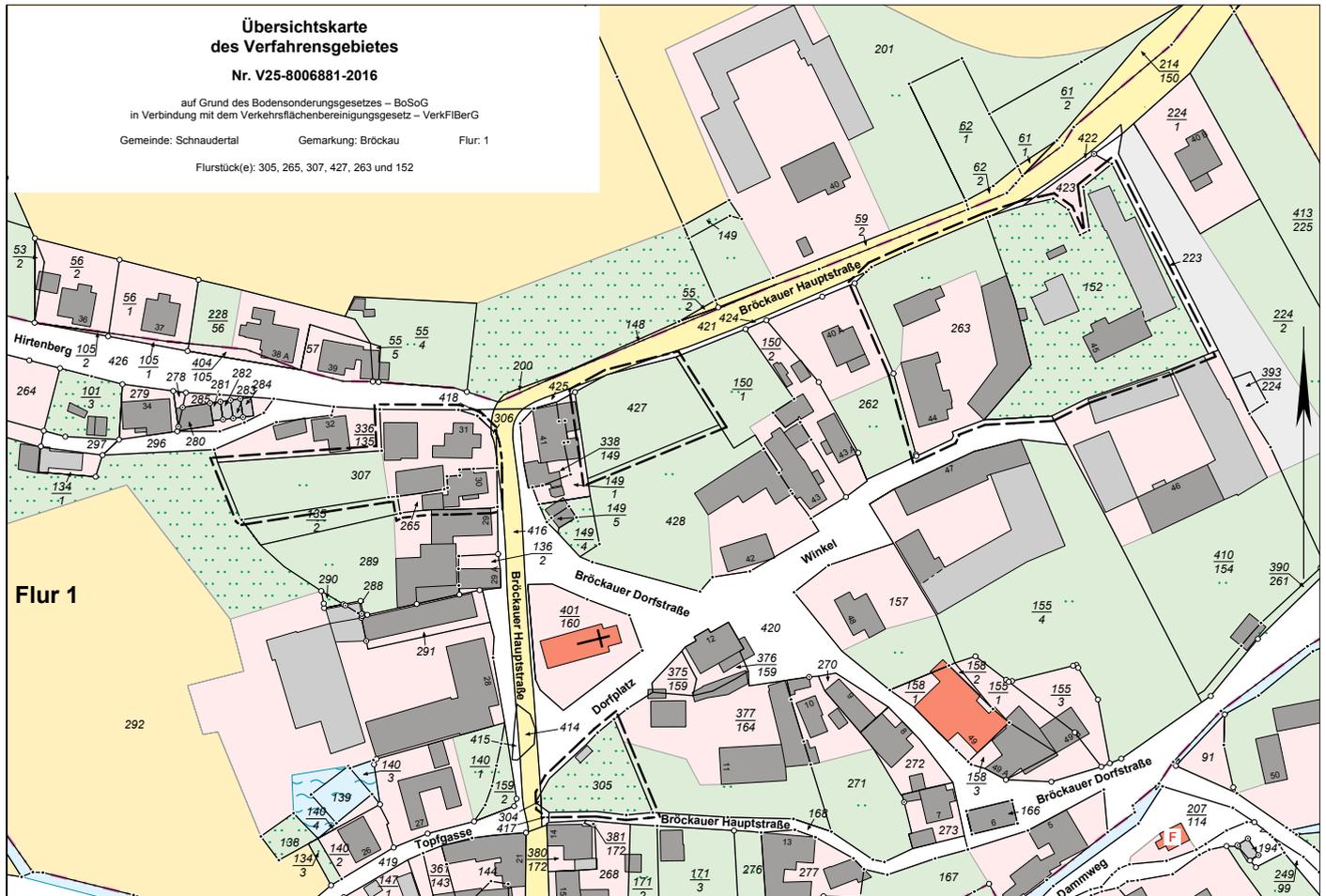
Alle Planbetroffenen können innerhalb des oben genannten Zeitraumes den Entwurf für den Sonderungsplan sowie seine Unterlagen einsehen und Einwände gegen die getroffenen Feststellungen zu den dinglichen Rechtsverhältnissen erheben. Planbetroffene sind die Eigentümer der betroffenen Grundstücke, die Inhaber von dinglichen Nutzungsrechten, von Gebäudeeigentum und Anspruchsberechtigte nach dem Sachenrechtsbereinigungsgesetz. Das gleiche gilt für die Antragsteller von Rückübertragungsansprüchen nach dem Vermögensgesetz oder aus Restitution (§ 11 Abs.1 des Vermögenszuordnungsgesetzes) und für die Inhaber beschränkter dinglicher Rechte an den betroffenen Grundstücken oder Rechten an diesen Grundstücken.

Die Einwände sind bei der oben bezeichneten Sonderungsbehörde unter der oben genannten Anschrift schriftlich oder zur Niederschrift zu erheben.

Im Auftrag


Jochen Hausen





**Amtliche Bekanntmachung
Burgenlandkreis
– Der Landrat –**

**Bekanntmachung über die frühzeitige
öffentliche Auslegung und Erörterung der
allgemeinen Ziele und Zwecke der vorhan-
benbezogenen Feststellungsunterlagen**

Der Burgenlandkreis gibt bekannt, dass er beabsichtigt, die K 2611 in der Ortslage Nedissen auf einer Länge von 286 m, beginnend ab dem im Jahre 2011 realisierten 1. Bauabschnitt, hinter der Einmündung Lindenstraße bis zum Ortsausgang Nedissen Richtung Bundesstraße B 2 grundhaft auszubauen.

Der Burgenlandkreis beabsichtigt, die Fahrbahn in einer Breite von 6,35 m auszubauen. Die Gemeinde Schnaudertal beabsichtigt, den Gehweg mit einer Breite von 1,50 m herzustellen. Das Durchlassbauwerk „Wilder Bach“, derzeit tonnagebegrenzt auf 6 t Achslast, soll erneuert werden.

Die Unterlagen der Vorplanung über das Vorhaben liegen vom 14. 05. bis zum 14. 06. 2018 im Landratsamt Burgenlandkreis in Naumburg, Neidschützer Straße 1, Bauamt, Zimmer 103, und in der Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer Forst, Zeitzer Straße 15, 06722 Droyßig, Zimmer 207 zur Einsichtnahme während folgender Sprechzeiten aus:

Dienstag 08.30 – 11.30 Uhr/13.00 – 17.30 Uhr

Donnerstag 08.30 – 11.30 Uhr/13.00 – 15.00 Uhr

Freitag 08.30 – 11.30 Uhr

Außerhalb dieser Zeiten ist eine vorherige Terminvereinbarung zur Einsichtnahme erforderlich.

Das Vorhaben wird zu den oben genannten Zeiten erläutert, und es besteht weiterhin die Möglichkeit, Einwände gegen das Vorhaben bis zum 28.06.2018 schriftlich oder zur Niederschrift beim Burgenlandkreis, Neidschützer Straße 1, Bauamt, Zimmer 103, sowie bei der Verbandsgemeinde Droyßiger-Zeitzer Forst, Zeitzer Straße 15, 06722 Droyßig, Zimmer 207 zu äußern.

Am Folgetag des Tages, an dem die Einwandfrist endet, gilt das Bauvorhaben als bekannt gemacht.

Götz Ulrich

Götz Ulrich
Landrat

Wetterzeube



Die nächsten öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates der Gemeinde Wetterzeube finden am **Montag, dem 28. Mai 2018** im **Felsenkeller Breitenbach, Grüner Anger 30**, statt.*

Dazu sind alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.
* Bitte beachten Sie die Aushänge in der Gemeinde

Sprechzeiten des Bürgermeisters:

Dienstag von 15.00 Uhr bis 17.00 Uhr in Wetterzeube und

Dienstag von 17.30 Uhr bis 19.00 Uhr in Haynsburg

oder nach Vereinbarung – Telefon: 036693 22225

